

VOLKS BLATT | SPLITTER

Dackel auf Tiefenflug

BERN – Zu einem vorweihnächtlichen Tiefenflug angesetzt hat am Sonntag ein Dackel auf der «Münsterplattform» in Bern. Er hatte eine Geste seines Herrchens als Aufforderung zum Sprung über die Mauer verstanden. Das Tier landete im Auffangnetz, von wo es die Feuerwehr barg. Die Berufsfeuerwehr wurde gemäss Pressemitteilung um 16.15 Uhr alarmiert. Nach Angaben des Hundherrchens wollte dieser seiner Schwiegertochter das Auffangnetz und seine Bedeutung (Verhindern von Suiziden) erklären. Seine entsprechende Geste habe der Dackel wohl falsch als Aufforderung zum Sprung über die Mauer verstanden. An einem Kranfahrzeug wurde ein Feuerwehrmann zum Auffangnetz hinunter gelassen, wo er den erbärmlich zitternden Tiefflieger in die Arme nahm. Unversehrt und unter tosendem Beifall der vielen Schaulustigen übergab er anschliessend das Tier seinem Herrchen.

Marbellas «König» ist tot

MARBELLA – Alfonso Prinz zu Hohenlohe, eine der schillerndsten Figuren des internationalen Jet-Sets, ist tot. Er starb am Sonntag im Alter von 79 Jahren in seinem Haus bei Marbella, wie die Stadtverwaltung des Nobel-Badeortes mitteilte. Der in Madrid geborene Adelige eines fränkischen Fürstengeschlechts hatte in den 50er-Jahren das legendäre Hotel «Marbella-Club» eröffnet und damit die Verwandlung des einstigen Fischernests an der Costa del Sol in eine Touristenhochburg der Schönen und Reichen begründet. Als vor drei Jahren seine dritte Frau María Luisa Haynes starb, zog sich der Prinz weitgehend aus der Öffentlichkeit zurück. Der diplomierte Agraringenieur und Vater dreier Kinder war vor allem ein erfolgreicher Unternehmer, der etwa die Volkswagen-Produktion nach Mexiko brachte und mit seiner adeligen Herkunft nicht hausieren ging.

Überraschender Verzicht

Araber blicken nach Libyens Einlenken bei ABC-Waffen auf Israel

TEHERAN/LONDON – Nach der Ankündigung Libyens zum vollständigen Verzicht auf Massenvernichtungswaffen haben die arabischen Staaten und Iran einen solchen Schritt auch von Israel gefordert.



Nach der Ankündigung Libyens zum vollständigen Verzicht auf Massenvernichtungswaffen machen die arabischen Staaten und Iran Druck auf Israels Ministerpräsident Ariel Sharon.

Der gesamte Nahe Osten müsse eine Region ohne atomare, biologische und chemische Waffen werden, sagte ein Sprecher des iranischen Aussenministeriums am Sonntag in Teheran. Wie Iran verlangte auch der ägyptische Präsident Husni Mubarak von Israel, seine Massenvernichtungswaffen zu zerstören.

Der Generalsekretär der Arabischen Liga, Amr Mussa, forderte die internationale Gemeinschaft auf, mehr Druck auf Israel auszuüben, damit das Land den Atomwaffensperrvertrag unterzeichne. Israel hat den Besitz von Atomwaffen niemals eingestanden oder dementiert. Das Land wird jedoch von den USA seit 1969 als Atommacht eingeschätzt und soll nach Angaben von Experten über mindestens 200 Nuklearsprengköpfe verfügen.

Delegation bei IAEA

Eine ranghohe Delegation der Regierung in Tripolis nahm am Sitz der Internationalen Atomenergie-Agentur (IAEA) in Wien

die Beratungen über das libysche ABC-Waffenprogramm auf. Es wird erwartet, dass IAEA-Experten die Abrüstung des nordafrikanischen Landes nun vor Ort überwachen werden. Libyen hatte am Freitagabend überraschend die Aufgabe seiner ABC-Waffenprogramme verkündet.

Die Regierung in Tripolis erklärte sich zur Einhaltung aller internationalen Verträge einschliesslich des Zusatzprotokolls zum Atomwaffensperrvertrag bereit. Vorausgegangen waren neunmonatige Geheimverhandlungen mit den USA und Grossbritannien. Die Gespräche seien kurz nach der Beilegung des jahrelangen Streits um das Flugzeugattentat von Lockerbie aufgenommen worden.

Weltweite Zustimmung

Weltweit gab es Zustimmung für den Schritt Gaddafis. US-Präsident George W. Bush und der britische Premierminister Tony Blair lobten die Ankündigung als wichtigen Schritt zur Wiedereingliederung Libyens in die internationale Gemeinschaft.

Der aussenpolitische Beauftragte der Europäischen Union, Javier Solana, sagte, die Entwicklung zeige, «dass Diplomatie über die Weiterverbreitung von ABC-Waffen siegen kann».

«Der Schleier ist meine Wahl»

Musliminnen protestieren in Paris gegen Kopftuchverbot

PARIS – Hunderte Musliminnen haben am Sonntag in Paris gegen das geplante Kopftuchverbot an öffentlichen Schulen protestiert. «Der Schleier ist meine Wahl», skandierten sie bei ihrem Demonstrationzug durch die Strassen der französischen Hauptstadt.



Hunderte Musliminnen haben am Sonntag in Paris gegen das geplante Kopftuchverbot an öffentlichen Schulen protestiert.

Staatspräsident Jacques Chirac hatte am vergangenen Mittwoch angekündigt, deutlich sichtbare religiöse Zeichen und Kleidungsstücke würden künftig aus den Schulen verbannt.

Ein entsprechender Gesetzentwurf soll schon im Februar dem Parlament vorgelegt werden. An dem Protestmarsch nahmen insge-

samt etwa 1000 Menschen teil, mehr als die Hälfte davon Frauen und Mädchen mit Kopftuch. Sie warfen der Regierung vor, Muslime auszugrenzen und die französischen Werte von Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit zu verhöhnen.

Zeitweise wurde auch die französische Nationalhymne gesungen und dann in Slogans die Frage gestellt: «Geliebtes Frankreich, wo ist meine Freiheit?»

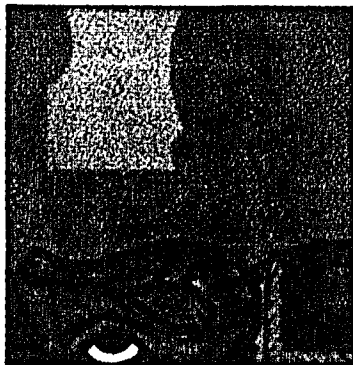
Premiere für muslimische Frauen

Es war das erste Mal, dass sich in Paris so viele muslimische Frauen zu einer Protestkundgebung versammelten.

VOLKSKALENDER

DER GRÖSSTE ADVENTSKALENDER DER REGION

Kommt vom 1. – 24. Dezember 2003 nach Balzers und staunt!



22. Dezember
Geschichte aus Peru

Sponsor:



NEUE BANK

wünscht allen Volksblatt-Leserinnen und -Lesern eine besinnliche Adventszeit und ein gesegnetes Weihnachtsfest.

Die HANDinHAND Anstalt und alle Sponsoren und Gönner würden sich freuen, vom 1. – 24. Dezember 2003, jeweils um 17.30 Uhr, möglichst viele Besucherinnen und Besucher beim Adventskalender in Balzers (bei der Garage Karl Vogt) begrüßen zu dürfen.

Medienpartner
VOLKSBLATT

Sponsor Wettbewerbspreise



Richterernennung

Irak: Volk soll über Saddam richten

BAGDAD – Der irakische Regierungsrat will innerhalb eines Monats fünf Richter für den Prozess gegen Ex-Präsident Saddam Hussein ernennen. US-Zivilverwalter Paul Bremer sprach sich dafür aus, dass das irakische Volk selber über den Ex-Diktator richtet.

Womöglich würden auch noch mehr Richter für das Sondergericht berufen, sagte das Mitglied des Regierungsrats, Dara Nurredin, am Sonntag.

Die Ermittlungen zu den Verbrechen des Ex-Präsidenten sollen laut Nurredin unter der Aufsicht von rund 20 ebenfalls noch zu ernennenden Untersuchungsrichtern geführt werden. Die Berufung der

Richter werde in Abstimmung mit den höchsten Gerichten des Landes erfolgen, betonte Nurredin. Das Sondertribunal werde drei Kategorien von Verbrechen ahnden: Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Kriegsverbrechen sowie Massentötungen.

«Tonnenweise» Akten

Die Ermittlungsrichter sollen die Prüfung der Akten und das Zusammentragen der Beweise beaufsichtigen. Die vor dem Prozess notwendigen Ermittlungen zu Hussein würden mindestens sechs Monate dauern, sagte Nurredin weiter. Es müssten «tonnenweise» Dokumente gesichtet und Beweise gesammelt werden.

Erdrutsche

Möglicherweise mehr als 200 Tote

MANILA – Nach tagelangen Regenfällen haben Erdrutsche und Überflutungen auf den Philippinen möglicherweise mehr als 200 Menschen in den Tod gerissen. Bis zum Sonntag bargen Helfer nach Angaben des Katastrophenschutzes 83 Leichen.

Die Behörden zählten alleine in der besonders stark betroffenen Provinz Southern Leyte in der Mitte des Landes 65 Tote. Auf der südphilippinischen Insel Mindanao, wo es ebenfalls zu Erdrutschen und zu Überschwemmungen gekommen war, wurden 15 Tote gezählt. 120 Menschen wurden noch vermisst. Die meisten Opfer wurden im Schlaf überrascht. Meteorolo-

gen rechnen angesichts eines stabilen Tiefdruckgebiets weiterhin mit heftigen Niederschlägen im Süden und in der Mitte des Landes.



Erdrutsche und Überflutungen rissen 200 Menschen in den Tod.